

VORWORT

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr.13 1988 Preis 6.-

Solidaritätspreis 10.-

Sozialistische Linkspartei / SLP

Österreichische Linkspartei der GW/KAI

Kaisersstraße 14/11; A-1070 Wien

Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11

E-Mail slp@gmx.at

UMVERTEILUNG

statt Steuerreform für die Reichen!

Das Tauziehen um die Steuerreform wird wohl noch einige Zeit andauern. Einigung besteht darüber, daß das Steuersystem vereinfacht werden muß. Ein noch ungeklärter Punkt ist, ob und wie die Zinserträge besteuert werden sollen.

Verwirrung herrscht über eine neue Steuer, über deren Bezeichnung allein man sich nicht einigen kann.

Jeder berufstätige Österreicher ist bekanntlich Lohnsteuerpflichtig. Während jedoch unsereine die Steuer direkt vom Gehalt abgezogen wird, muß ein Selbstständiger (Unternehmer, Künstler,...) in einer Steuererklärung seine Einkünfte offenlegen. Wenn der Zinsertrag eines Bankkontos mehr als 10.000.- jährlich beträgt, gilt er ebenfalls als selbstständiges Einkommen und ist daher einzeln zu besteuern.

Zum Beispiel: bei einem Sparguthaben von 182.000.- und einem Zinssatz von 5,5% sind die ersten 10.000.- Zinsen steuerfrei, nur die restlichen 10.- müßten als Kapitalertrag besteuert werden. Da aber in Österreich absolutes Bankgeheimnis besteht,

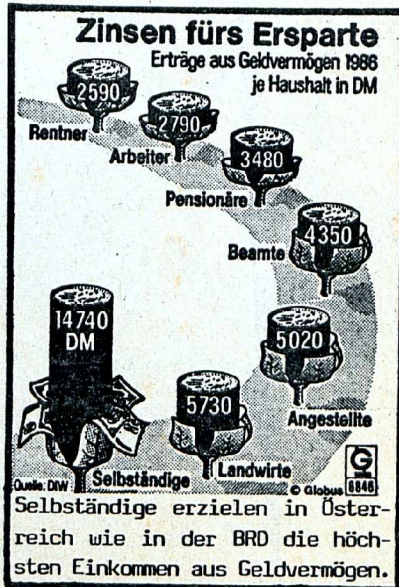
hat man immer noch die Möglichkeit, ein anonymes Konto oder Sparbuch zu eröffnen und sein Geld somit an einer dem Finanzamt nicht zugänglichen Stelle zu deponieren.



Finanzamt

Auf diese Weise werden jährlich Unsummen an Steuern hinterzogen. Um das zu verhindern, gäbe es zwei Möglichkeiten für den Staat: Die erste wäre eine Abschaffung der Anonymität der Spareinlagen, was auf berechtigten Widerstand stoßen würde, aber in den meisten westlichen Ländern bereits durchgesetzt ist.

Die zweite Möglichkeit ist die Quellensteuer. Der Staat hebt hier die Steuer nicht beim Steuerpflichtigen ein, sondern direkt an der Quelle - nämlich durch eine direkte Besteuerung aller Einlagen bei der Bank. Eine der diskutierten Varianten wäre, nur das erste Prozent Zinsen steuerfrei zu halten, was jeden, aber vor allem Inhaber von Sparbüchern mit hohem Zinssatz (z.B. Bausparen) betreffen würde.



EDITORIAL

Liebe Leser!

Unser Ziel bis Ende 1987 war es, 10.000 Schilling für ein Textverarbeitungsgerät zu sammeln. Wie Ihr an unserem neuen Lay-out sehen könnt, ist uns das dank Eurer Hilfe gelungen. Um unsere Arbeit zu beschleunigen, haben wir uns ein neues Ziel gesetzt, die Anschaffung eines Überschriftensetzgerätes. Wir sind auf Eure Hilfe angewiesen und bitten Euch daher, uns weiterhin zu unterstützen.

50 Jahre nach dem Einmarsch der Hitlertruppen hat Österreich einen konservativen Bundespräsidenten, der schon allein wegen seiner Vergangenheit untragbar ist. Uns Sozialisten war von Anfang an klar, wen Waldheim als Kandidat der ÖVP vertritt. Mittlerweile bemerken sogar bürgerliche Kreise, was sie sich mit diesem Mann eingehandelt haben.

Schon längst wäre es Aufgabe der SPÖ und der Gewerkschaften gewesen, gestützt auf ihre Millionen Mitglieder, Waldheims Rücktritt zu fordern.

So wichtig diese Frage auch ist, verdrängt sie gleichzeitig andere Themen, die große Bedeutung für uns Sozialisten haben. Wir ersparen uns aufgrund des unglaublichen Medienechos, auf das Thema näher einzugehen.

Wünschenswert wäre es, wenn sich die Presse auch mit der Zerschlagung der Verstaatlichten und der Arbeitslosigkeit so intensiv befassen würde.

Eure Redaktion

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Andrea Koch
Weldengasse 26/1/7 1100 Wien
Druck: A. Riegl
Piaristeng. 19 1080 Wien
Erscheinungsort: Wien

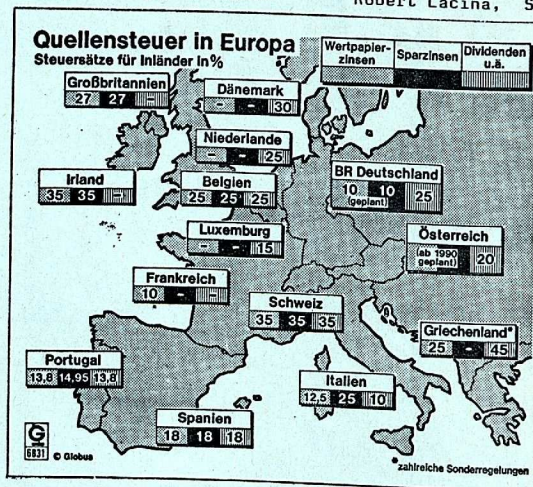
Fortsetzung von Seite 1

Die andere, sozialere Variante sieht einen Freibetrag vor. Der Rest der Zinsen müßte dann mit z.B. 20% besteuert werden (was westeuropäischer Durchschnitt wäre). Dieser Freibetrag sollte gerechterweise so festgesetzt sein, daß endlich diejenigen zahlen, die bis jetzt die Kapitalsteuer (s. o.) hinterzogen haben. Die Rückerstattung des Freibetrages kann aber nur auf Ansuchen in Anspruch genommen werden, wodurch die Anonymität nicht mehr gegeben ist.

Was jedoch die bürgerliche Presse auf die Barrikaden treibt und sich hinter Phrasen vom "Angriff auf das Sparbuch des kleinen Mannes" und "Doppelbesteuerung" verbirgt, ist nichts

zu nützen, die dem Durchschnittsverdiener verschlossen bleiben. Diese Tatsachen müssen zu dem Schluß führen, daß es nicht möglich ist, auf reformistischem Weg soziale Gleichheit zu erlangen. Auch die Versprechungen, daß im Zuge der Lohnsteuerreform 1,5 Millionen Österreicher (1/3 der insgesamt 4,5 Millionen Steuerpflichtigen) durch eine Erhöhung des Freibetrages künftig keine Lohnsteuer mehr zahlen müssen, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Spitzensteuersätze gesenkt werden. Die Nutznießer einer solchen Vereinfachung des Steuersystems sind abermals, wie könnte es anders sein, in den Chefetagen zu suchen.

Robert Lacina, SJ 5



anderes als die Angst ums eigene Geld. Alois Mock ist nicht der Schutzherr der kleinen Sparer, er vertritt nur Unternehmerinteressen.

Aber der positive Aspekt der Quellensteuer, nämlich die bisher hinterzogenen Millionen der Reichen anzupapfen, ist schließlich doch nur Kosmetik an der äußersten Schicht eines Steuersystems, das den Besserverdienenden geradezu dazu anspornt, die Unzahl an Schlupflöchern

INHALT

Noricum	3
Börsenkrach	4
Jännerstreik	6
Studentenstreik	8
Nahost	10
Reprivatisierung	12

Verstaatlichte unter Arbeiterkontrolle! SCHLUSS MIT DER WAFFENPRODUKTION

Die Lieferung von Waffen an den kriegsführenden Iran durch die VOEST-Tochterfirma Noricum macht seit Wochen Schlagzeilen. 140 Kanonen, von denen es anfänglich noch hieß, sie seien für Brasilien bestimmt, wurden über Libyen mitten in eine der schlimmsten Diktaturen der Erde, den Iran, transportiert. Es darf nicht sein, daß der Profit eines Betriebes mit Menschenleben bezahlt wird.

Das illegale Geschäft (§ 320 - Neutralitätsgefährdung) wurde von führenden VOEST-Verantwortlichen ausgehandelt. Sie sahen darin einen möglichen Ausweg aus der - durch größte Managementfehler verursachten - Lage des Stahlbetriebes.

Doch das Gegenteil geschah. Im Vertrag hatte man sich verpflichtet, in Falle der Nichteinhaltung von Lieferterminen Entschädigungen in Milliardenhöhe zu zahlen. Die Termine wurden tatsächlich nicht eingehalten und die Verstaatlichte ist so um 1,8 Milliarden Schilling ärmer. Damit könnte man die Jahresgehälter von mindestens 4000 Arbeitern bezahlen!

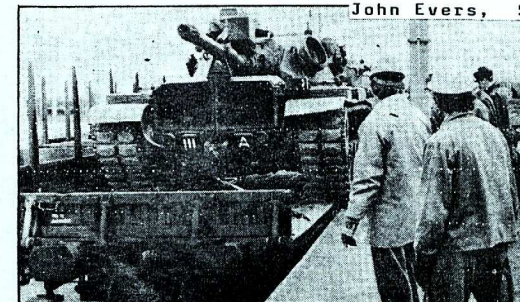
Einen Schuldigen hat man schon gefunden - den Ex-Noricumchef Unterwiesinger. Nach dessen Geständnis fiel auch dem VOEST-Boss Lewinsky plötzlich ein, daß unter Umständen doch Kanonen nach Persien verkauft worden sein könnten - bis zu diesem Zeitpunkt hatte er das immer wieder dementiert. Doch die Hauptschuld an allem schiebt man auf den verstorbenen VOEST-General Apfalter.

Die Folgen dieser Affäre werden in erster Linie (abgesehen von den Leuten, die durch die VOEST - Kanonen sterben) wieder einmal die Arbeiter der Ver-

staatlichten zu tragen haben. Sie werden das Milliardenloch durch Entlassungen, Kurzarbeit usw. stopfen müssen. Doch ihnen, die als Hauptbetroffene das wohl größte Interesse an einer restlosen Aufklärung der Angelegenheit haben, gibt man keine

Arbeiterlohn bekommen und müßten rechenschaftspflichtig und jederzeit demokratisch wähl- und abwählbar sein. Das ist der einzige Ausweg aus der Krise der Verstaatlichten Industrie, einer Krise, die bestimmt ist von Skandalen und Entlassungen.

John Evers, SJ 5



Waffenexport-Affäre führt zu Diskussion über Gesetz

Möglichkeit zur Kontrolle der Akten. Statt desse soll sich ein vom Vorstand (in dem wahrscheinlich die Hauptschuldigen - noch immer - sitzen) gebildeter Untersuchungsausschuß mit dem Fall befassen. Wieviele Skandale braucht die VOEST noch, wieviele Arbeiter müssen noch den Hut nehmen, bis endlich die wirklich Verantwortlichen für die Misere der Verstaatlichten gehen?

Die einzige Alternative zur derzeitigen Verwaltungs- und Wirtschaftsform ist die Arbeiterkontrolle und -verwaltung. Kein von oben eingesetztes Management mit Millionengehältern, das sich nur am Profit orientiert, sondern ein Gremium gebildet aus Vertretern von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat zu gleichen Teilen, welches sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, sollte die Betriebe verwalten. Diese Vertreter dürfen nicht mehr als einen durchschnittlichen

Wir fordern:

- * statt Kurzarbeit und Entlassungen: 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust!
- * Neue Investitionen in den Bereichen Umweltschutz und Finalindustrie!
- * Schluß mit der Privatisierung!
- * Verstaatlichung aller großen Banken und Firmen in Österreich!
- * Demokratische Kontrolle und Verwaltung der staatlichen Betriebe durch Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat zu gleichen Teilen!
- * Ausarbeitung und Durchführung eines zentralen volkswirtschaftlichen Plans zur langfristigen Regulierung einer krisenfreien Produktion unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- * Schluß mit der Waffenproduktion! - Umstieg auf zivile Produkte!

Kapitalistische

DER NÄCHSTE SCHWARZE FREITAG KOMMT BESTIMMT

Das war der Titel eines Artikels, den wir vor vier Jahren veröffentlichten. So recht glauben wollten das nur wenige, da man allgemein der Ansicht war, daß das Finanzkapital in der Lage wäre, eine Katastrophe wie 1929 zu verhindern. Schließlich hatte man 1946 eigens zu diesem Zweck die Weltbank und den Internationalen Währungsfond gegründet, welche "regulierend in das Finanzgefüge der westlichen Welt eingreifen" sollten.

Auch wir haben damals die Stabilität des westlichen Finanzsystems überschätzt. Wir glaubten, daß der Schuldenberg der Entwicklungsländer den großen Krach verursachen würde. Das westliche Finanzkapital schafft seine Krisen auch selbst, sozusagen als Vorgeschmack dessen, was uns noch erwartet, wenn die Schulden der 3. Welt über uns zusammenbrechen.

Die Hochfinanz mußte tatenlos zusehen, wie am 19. Oktober 1987 die New Yorker Börse erneut zusammenbrach: Der Dow-Jones-Index, der die Kurse der 30 wichtigsten Industriek Aktien der USA anzeigt, fiel an einem Tag um 22,6 %. Er befand sich also 36 % unter dem Jahreshöchststand im August.

Zum Vergleich: Am schwarzen Freitag 1929 fiel der Dow-Jones um 12,8 %. Damals zog der Börsenkrach eine tiefe Weltwirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit und Armut nach sich.

Noch im Februar 1987 hatte die G-7, das ist die Gruppe der sieben reichsten Industrieländer, das sogenannte "Louvre-Abkommen" getroffen. Es sollte

eine engere internationale Zusammenarbeit garantieren, um die riesigen Ungleichgewichte im Außenhandel zwischen den USA, Japan und Europa abzubauen. Man einigte sich auch darauf, die Wechselkurse (Dollar - Deutsche Mark) stabil zu halten.

Noch im September kündigte die Weltbank eine weitere Politik der "Stabilität" an. Wie kann man bei derartigen Voraussetzungen allerdings Stabilität garantieren? Ein künstlicher Wirtschaftsaufschwung, der auf wackeligen Beinen steht, ein Aktienmarkt, bei dem die Kurse in schwindlige Höhen geklettert sind und ein Finanzmarkt, der Ausmaße erreicht hat, daß er wie ein aufgeblasener Ballon über dem Gütermarkt hängt.

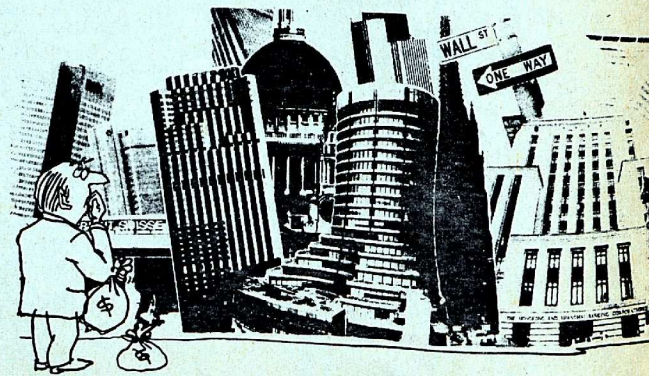
USA

Die USA, die größte Industriation und gleichzeitig der größte Schuldner der Welt mit über 160 Milliarden Dollar Haushaltsdefizit und über 170 Milliarden Dollar Handelsbilanzdefizit, sind für den sogenannten Aufschwung seit 1985 verantwortlich,

der in Wirklichkeit nichts anderes ist als ein Hinauszögern der nächsten Rezession. Die Wirtschaft wurde durch eine enorme Steigerung der staatlichen Ausgaben im "Land des freien Wettbewerbs", besonders im Rüstungssektor, "angekurbelt". Da Raketen normalerweise nicht konsumiert werden, entsprechen sie keinen realen wirtschaftlichen Werten. Trotzdem bekommt die Wirtschaft dadurch kurzfristige neue Impulse:

Einige Firmen bekommen neue Aufträge (Rüstung = Hochtechnologie) und die Zuversicht der Amerikaner in die eigene Wirtschaft wächst, es wird mehr investiert.

Durch die vermehrte Rüstung stieg aber auch das Haushaltsdefizit. Die USA versuchten, das durch die vermehrten Staatsausgaben erhöhte Defizit durch Hochzinspolitik zu kompensieren. Die hohen Zinssätze zogen Kapital aus aller Welt an. Durch die erhöhte Nachfrage nach US-Devisen stieg der Dollar, bis er völlig überbewertet war. Das bedeutete aber wiederum, daß Importe für



Krise ohne Ende

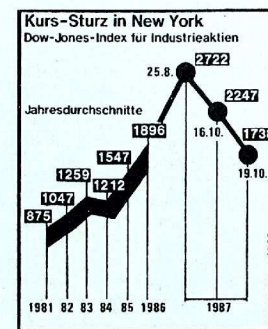
die USA billiger wurden, während der Export immer schwieriger wurde. Durch die verstärkte Einfuhr wurde vor allem die europäische Wirtschaft angekurbelt, die immer mehr für den Export in die Vereinigten Staaten produzierte. Allerdings wuchs durch die vermehrten Importe und die verringerten Exporte das Handelsbilanzdefizit der USA ständig.

Dieses höchste Defizit aller Zeiten kann zwar, da die USA kreditwürdig genug sind, über Schulden finanziert werden, ist aber langfristig doch unannehm. Eine einfache Methode, ein Handelsbilanzdefizit zu verringern, besteht darin, die eigene Währung abzuwerten. Dadurch werden die Importe teurer und somit auch weniger, die Exporte billiger - allerdings zum Schaden für Europas und Japans Wirtschaft, für die es immer schwieriger wird, ihre Produkte in den Vereinigten Staaten abzusetzen.

DER FINANZMARKT

Der wirtschaftliche Einfluß eines Landes hängt also sehr stark vom Wert der Währung ab. Dieser wird durch die Weltbank, die Regierungspolitik und Angebot und Nachfrage nach der jeweiligen Währung bestimmt. Die Weltbank gibt einen gewissen Rahmen vor, der bei Auf- oder Abwertungen nicht verlassen werden sollte, um das internationale Gleichgewicht zu halten. Die USA, die die Weltbank dominieren, sind allerdings an ihren eigenen Vorteilen interessiert. Die Vereinigten Staaten sind auch der Grund für die Einigungsbestrebungen Westeuropas, um der Wirtschaftsmacht parole bieten zu können.

Das wirtschaftliche Wohlergehen eines Landes hängt also nicht hauptsächlich davon ab, was und wieviel produziert wird, sondern auch vom internationalen Finanzmarkt, der Weltbank und somit der Gunst der USA.



DIE BÖRSEN

Die scheinbar günstige Wirtschaftslage (hoher Dollar-Kurs, Preisstabilität und Wachstumsraten) war Ursache für den unglaublichen Aufschwung an den Börsen in den letzten Jahren. Trotzdem befanden sich einige Produktionszweige in der Krise, Investitionen waren oft wenig ertragreich. Daher verlegten sich viele Unternehmer aufs Spekulieren, was die Aktienkurse in die Höhe trieb.

Aktien oder Anteilscheine sollten eigentlich den aliquoten Anteil am Wert des jeweiligen Unternehmens darstellen. Tatsächlich aber werden deren Kurse durch Angebot und Nachfrage an den Börsen bestimmt. Das Aktiengeschäft hat längst nichts mehr mit der Absicht zu tun, Geldmittel für Investitionen in Firmen zur Verfügung zu stellen, sondern bietet hauptsächlich

Raum für reine Geldspekulationen. Heute werden ungefähr 60 Prozent der gesamten Kapitalgelder für Spekulationen verwendet, nur ca. 40 Prozent fließen in irgendeiner Form der Wirtschaft zu.

In den USA verdienten zu viele Leute ausschließlich durch Kauf und Verkauf von Aktien, also durch Spekulation. Wieviel sie dadurch einnahmen, läßt sich daran ablesen, daß die Kapitalanleger allein am "Schwarzen Montag", am 19. Oktober 1987 1.100 Milliarden Dollar verloren. Das ist etwa soviel wie die gesamte Verschuldung der Dritten Welt!

DER KRACH UND DIE FOLGEN

Der große Krach war also unvermeidbar, da die Börsenkurse absolut nicht mehr den realen Gegebenheiten entsprachen. Da das Vertrauen in Amerikas Wirtschaft abbröckelte, begannen einige Aktionäre zu verkaufen. Durch die verminderte Nachfrage sank auch der Aktienkurs, was eine Kettenreaktion auslöste:

Fortsetzung auf Seite 11



Hektik an der Tokioter Börse

1918



DER GROSSE JÄNNERSTREIK

Das Jahr 1918 war vermutlich der wichtigste Wendepunkt in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Inmitten eines von Hunger, Krieg und Notstandsgesetz zermürbten Österreich entstand eine revolutionäre Situation, die von den Führern der Arbeiter - den Austromaxisten - nicht vorangetrieben, sondern bewußt entschärft wurde. Ihre Politik des revolutionären Redens aber feigen Handelns konnte noch jahrelang die österreichischen Arbeiter täuschen und endete im Februar 1934 in der Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch die Austrofaschisten.

Der Jännerstreik 1918, der vorübergehend die wichtigsten Teile der österreichischen Kriegsindustrie lahmlegte, war der Beginn dieser Entwicklung.

Der Beginn

In den Daimler Motorenwerken in Wiener Neustadt brach in den Morgenstunden des 14. Jänner 1918 ein spontaner Streik aus, der sich gegen die Herabsetzung der amtlich zugewiesenen Mehrlöhne auf die Hälfte richtete. Trotz des Versprechens der Werksektion, daß man "dem Ernährungsminister das Anliegen der Arbeiter vortragen werde", beschlossen diese, den Streik

fortzusetzen und in einer Demonstration zum Neustädter Rathausplatz zu ziehen. Im Laufe dieser Kundgebung trafen neue Meldungen von Arbeitsniederlegungen im Neustädter und St. Pöltner Industriegebiet ein.

Überall schloß man sich begeistert dem Streik an, tags darauf standen alle Betriebe in Hirtenberg, Ternitz, Mödling, Brunn und vielen anderen Orten still. **Alleine in Niederösterreich schlossen sich binnen zwei Tagen eine Viertelmillion Menschen dem Ausstand an.** Eine von der Regierung verhängte Nachrichtensperre wurde erst nach der Intervention der sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten Seitz und Adler aufgehoben, am 16. Jänner berichtete die Arbeiterzeitung erstmals darüber. Am selben Tag trat die Arbeiterschaft Wiens in Streik.

Alle Räder stehen still

Die Fiatwerke in Floridsdorf und das Arsenal in Favoriten waren die ersten, die nach dem Erhalt der Botschaft aus Wr. Neustadt die Arbeit einstellten. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Streikbewegung am Vormittag des 16. Jänner in ganz Wien, bis Mittag standen fast alle Betriebe still.

In den Betrieben bildeten sich Streikkomitees - die Arbeiterräte. Aus Favoriten setzte

sich abends ein mächtiger Demonstrationszug um Richtung Innenstadt in Bewegung, der den gesamten Verkehr stilllegte.

Die Führung der österreichischen Sozialdemokraten versuchte mittlerweile, die Situation zu entschärfen und die Arbeiter auf Verhandlungen mit der Regierung zu verfrachten. Ziel dieser Taktik war es, wie Otto Bauer Jahre später sagte, "revolutionäre Abenteuer unter allen Umständen zu verhindern". In den folgenden Tagen erreichte der Streik seinen Höhepunkt und weitete sich auf fast ganz Österreich-Ungarn aus.

Im tschechischen Industriegebiet wurde mit Ausnahme von Brünn nicht gestreikt. Den tschechischen Sozialdemokraten war es gelungen, die Arbeiter davon zu überzeugen, daß im Falle eines Streikes das Deutsche Heer Böhmen und Mähren besetzen würde. Diese Behauptung benützten später auch die österreichischen Sozialdemokraten als Rechtfertigung für ihr zurückhaltendes und unentschlossenes Verhalten.

Die Tatsache, daß im Jänner 1918 die Armee der Achsenmächte bereits unter extremem Material- und Lebensmittelmangel litt und an allen Fronten eine Niederlage nach der anderen hinnehmen mußte, zeigt die Unglaubwürdigkeit dieses Arguments. So war es auch unmöglich, die Streikbewegung gewaltsam niederzuwerfen.

Einige wenige rumänische und bosnische Truppen wurden zwar in die Streikgebiete entsandt, konnten aber nicht viel ausrichten.

Der ängstlichen Regierung und dem Wiener Hof blieb nichts anderes übrig, als kleinere Zugeständnisse zu machen. Nur so konnte sich der Streik auflösen, bevor sich die Arbeiter ihrer Macht in dieser Situation bewußt werden konnten. Anstatt das Gebot der Stunde zu nützen und die Arbeiter in den demokratischen Sozialismus zu führen, haben die führenden Austromaxisten entscheidend dazu beigetragen, den Arbeitern die faulen Kompromisse der Regierung schmackhaft zu machen.

Der Verrat

Am 15. Jänner hatte eine Delegation sozialdemokratischer Abgeordneter bei Ernährungsminister Höfer vorgesprochen. Dieser hatte versprochen, die Situation überprüfen zu lassen.

Um die Kontrolle über die Streikbewegung nicht zu verlieren, formulierte der Parteivorstand ein Vier-Punkte-Programm, das nicht nur einen Rückschritt bedeutete, sondern schon dem Ministerpräsidenten vorgelegt worden war, bevor die Streikenden davon in Kenntnis gesetzt wurden:

(siehe Kasten)

Fortsetzung nächste Seite

ERKLÄRUNG DES PARTEIVORSTANDES

In vielen Betrieben in Wien und Niederösterreich ist gestern die Arbeit eingestellt worden. Diese Arbeitseinstellung ist das Ergebnis einer elementaren Bewegung, die ohne das Zutun der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation eingesetzt hat, einerseits infolge der Nachrichten über den Verlauf der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, andererseits infolge der jüngsten Maßregeln auf dem Gebiete des Verpflegungsdienstes.

Die Parteivertretung hält eine Beruhigung der Arbeitermassen nur unter den folgenden Voraussetzungen für möglich:

1. Wenn die Regierung vollkommen beruhigende Zusicherungen darüber geben kann, daß sie die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk nicht an irgendwelchen territorialen Forderungen scheitern lassen wird; daß sie die Hindernisse, die dem Friedensschluß entgegenstehen, durch vorbehaltlose Anerkennung des unverfälschten, demokratischen Selbstbestimmungsrechtes der umstrittenen Länder aus dem Wege räumen wird; wenn die Regierung die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft über den Stand der Friedensverhandlungen freimütig unterrichtet, sie ständig über die Verhandlungen im laufenden hält und ihnen den gebührenden Einfluß auf den Gang der Verhandlungen nicht verweigert.

2. Wenn die Regierung einer gründlichen Reorganisation des Verpflegungsdienstes zustimmt, insbesondere der Gleichstellung der Selbstversorger mit der übrigen Bevölkerung und dem Verbot des Mahlens auf private Rechnung. Ohne uns darüber zu täuschen, daß auch diese Maßregeln nicht eine plötzliche Verbesserung des Verpflegungsdienstes herbeiführen können, glauben wir doch, daß sie die Arbeitermassen wenigstens darüber beruhigen würden, daß in Zukunft die vorhandenen Vorräte möglichst gleichmäßig verteilt werden.

3. Wenn die Regierung einwilligt, die Gemeindevertretungen, deren Beherrschung durch die am Lebensmittelwucher interessierten Klassen jede zweckmäßige Verpflegungspolitik unmöglich macht, zu demokratisieren, also unverzüglich die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für die Gemeindevertretungen den gesetzgebenden Körperschaften vorzuschlagen.

4. Wenn die Regierung einwilligt, die Entrechtung der Arbeiter durch die Militarisierung der Betriebe aufzuheben.

Im Interesse der gesamten Bevölkerung ersuchen wir die Arbeiter aller Lebensmittelindustrien, die Bergarbeiter, die Arbeiter der Eisenbahnen, der Straßenbahnen und der anderen Transportgewerbe, der Gas- und Elektrizitätswerke dringend, nicht die Arbeit einzustellen. Solche Ausstände würden die Notlage der gesamten Arbeiterschaft überaus verschärfen und müssen daher unterbleiben.

DER PARTEIVORSTAND
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE IN ÖSTERREICH

Erst zwei Tage später wurden die vier Forderungen, die nach Beschluß des Parteivorstandes das Ziel des Ausstandes sein sollten, den Vertrauenspersonen der Streikenden zur Abstimmung vorgelegt. In der darauffolgenden stürmischen Debatte wurde das undemokratische Vorgehen der Parteiführung von vielen Delegierten kritisiert und von Verrat gesprochen. Vor vollendete Tatsachen gestellt, stimmten die Delegierten dennoch mehrheitlich dafür.

Am 18. Jänner begann der Parteivorstand mit der Regierung zu verhandeln. Kaiser Karl hatte inzwischen ein Telegramm an seinen Außenminister Graf Czernin geschickt, der gerade in Brest-Litowsk mit Leo Trotzki über einen Separatfrieden verhandelte: "Ich muß nochmals eindringlichst versichern, daß das ganze Schicksal der Monarchie und der Dynastie von der möglichst baldigen Friedenschluß in Brest-Litowsk abhängt. Kommt der Friede nicht zustande, so ist hier die Revolution."

Czernin antwortete: "Wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretungen noch Kriegsschadensleistungen. Wir wollen nur ein freund-nachbarliches, auf sicherer Grundlage beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen ruht."

Die Parteispitze gab sich mit dieser vagen Erklärung zufrieden und betrachtete die erste Forderung als erfüllt. Die Kürzung der Mehrzahl wurde fallengelassen - diese winzige Zusage wurde als Erfüllung der zweiten Forderung interpretiert. Nur bei der dritten Forderung konnte man sich durchsetzen, bei der vierten war man wiederum mit Absichtserklärungen zufrieden.

Nach Abschluß der Verhandlungen empfing der Ministerpräsident eine Abordnung des Arbeiterrates unter der "Beaufsichtigung" der Abgeordneten Adler, Domes, Hanusch, Seitz und Renner, um

das Ergebnis der Verhandlungen vorzulegen.

Der Abbruch

In einer stürmischen Sitzung des Wiener Arbeiterrates wurden die Zugeständnisse angenommen und für einen Abbruch des Streiks gestimmt.

"Ich weiß", sagte Seitz, "es wird für die Vertrauensmänner schwer sein, in einzelnen Betrieben die Entscheidung der heutigen Konferenz durchzusetzen; aber es ist unser Schicksal als Vertrauensmänner, diese schwierige Aufgabe zu leisten." Seitz ersuchte die Delegierten, die Anträge auf Vertagung der Entscheidung und auf Erhebung weitergehender Forderungen gestellt hatten, diese Anträge zurückzuziehen. "Wir können nicht", meinte Seitz, "mit der Entscheidung warten, bis auch die Streikenden in Graz, Brünn und Triest abgestimmt haben."

Eine revolutionäre Massenbewegung zu stoppen, gestaltete sich in der Tat nicht einfach. In großen Versammlungen sprach man von Verrat und stellte weitere Forderungen. Nach dem Beschluß des Parteivorstandes hätte die Arbeit am 21. Jänner wieder aufgenommen werden sollen. Die nunmehr isolierten niederösterreichischen Betriebe, von denen die Streikbewegung ausgegangen war, streikten jedoch geschlossen weiter. Erst nach Versprechungen der Parteileitung, sich für die während des Ausstandes verhafteten revolutionären Arbeiter einzusetzen und den Arbeiterrat zu einer ständigen Einrichtung zu machen, nahm man widerwillig die Arbeit wieder auf.

Am 24. Jänner 1918 war damit der größte Streik in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung zu Ende gegangen. Jahre später schrieb Otto Bauer über die Rolle der Sozialdemokraten während des Streiks:



"Wir hatten den Streik als eine große revolutionäre Demonstration gewollt, die Steigerung des Streiks zur Revolution konnten wir nicht wollen."

Michael Hollunder, SJ 5

VORWÄRTS: Was waren eure Eindrücke beim Schüler- und Studentenstreik im Oktober?

MARTINA: Am 19.10.87 haben Studenten bei einer Hörerversammlung zum Thema Sozialabbau beschlossen zu streiken und haben das Audi Max besetzt, um gegen die Sparmaßnahmen der Regierung zu protestieren. In den folgenden Tagen haben sich in ganz Österreich Unis und Schulen dem Streik angeschlossen. Es hat an fast jedem Tag Demonstrationen gegeben, an denen meistens ein paar tausend Leute teilgenommen haben. Sowohl bei den Studenten als auch bei den Schülern hat es täglich Versammlungen an der Uni gegeben.

Am Anfang hat die konservative Aktionsgemeinschaft bei den Studenten versucht, die Bewegung an sich zu reißen. Das ist ihnen aber nicht gelungen.

VORWÄRTS: Was ist im Plenum im Audi Max besprochen worden?

MARTINA: Es waren leider ziemlich langweilige Diskussionen, wie man den Streik an der Uni organisatorisch aufrechterhalten kann. Dabei ist es viel zuwenig um inhaltliche Forderungen gegangen oder darum, wie man den Streik ausweiten kann.

SCHÜLER, STUDENTEN: STREIK - ERINNERUNGEN

VORWÄRTS: Ist es bei den Schülern besser gelaufen?

SONJA: Ja und nein. Positiv war, daß die Schulen nach einer demokratischen Abstimmung Streik-delegierte gewählt haben, die uns im Schülerplenum vertreten haben. Allerdings wollte die offizielle Schülervertretung, der Bundesschülerbeirat, den Delegiertenrat nicht akzeptieren.

VORWÄRTS: Wie hat sich die Schülervertretung verhalten?

SONJA: Die konservative Bundesschulsprecherin Nadja Kajali, unsere oberste "Vertreterin" hat sich zuerst gegen den Streik gestellt, und dann ständig ihre Meinung gewechselt. Gegenüber der Presse hat sie immer wieder behauptet, daß der Streik beendet ist. Sie hat also wirklich alles getan, um den Streik zu zerschlagen.

BERNHARD: Viele Schüler haben erkannt, daß uns unsere Vertretung nicht vertritt, sondern brav das tut, was ihnen ihre Partei sagt. Die Nadja und auch ein Großteil des BSB (Bundesschülerbeirat) sind UHS-ler (Union Höherer Schüler) und die steht bekanntlich der ÖVP

sehr nahe. Wir Schüler können auf unsere sogenannte Vertretung keinen Einfluß nehmen.

VORWÄRTS: Was für eine Rolle haben die Medien gespielt?

ULLI: Die meisten Zeitungen haben nur berichtet, was die sogenannten Vertreter gesagt haben. Außerdem haben sie die Schüler als arme, von linksextremen Spinnern verhetzte Dummen hingestellt. Daß die Schüler auch sehr konkrete Forderungen hatten, haben sie verschwiegen.

VORWÄRTS: Woran, glaubt du, ist der Streik gescheitert?

SONJA: Ein Grund war sicher, daß wir alle damit keine Erfahrung gehabt haben und deshalb sehr viel falsch gelaufen ist. Aber der wesentliche Grund ist, daß wir völlig allein dagestanden sind. Die Schüler und Studenten allein haben keine Macht, weil von ihnen keiner abhängig ist. Es ist zwar immer wieder gesagt worden, daß wir uns mit den anderen Betroffenen des Sparpakets solidarisieren, aber das war halt alles sehr halbherzig. Die Streikbewegung hätte nur dann wirklich Macht gehabt, wenn sie sich auf Betriebe ausge-

weitet hätte. Aber viele haben geglaubt, daß sie mit den Arbeitern der Verstaatlichten nichts zu tun haben, und daß die sich alleine wehren sollen, wenn ihnen was nicht paßt. Daß sie aber ohne die Unterstützung der Arbeiter völlig machtlos sind, haben sie erst erkannt, als der Streik schon tot war.

ALLE MACHT DEN RÄTEN

Einer der größten Schüler- und Studentenstreiks in der Geschichte Österreichs ist nach nicht einmal zweiwöchiger Dauer gescheitert. Schuld an dieser Niederlage war nicht zuletzt die schlechte Organisation der Bewegung. Es wurden zwar Streikkomitees gewählt, sie hatten jedoch keine Möglichkeit, organisatorische oder inhaltliche Entscheidungen zu treffen. Die alleinige Entscheidungsgewalt hatte das Plenum, das für jeden frei zugänglich und daher immer überlaufen war. Diese "basidemokratische" Organisationsform machte eine effektive Koordination unmöglich.

Mit bis zu 2000 Leuten im Hörsaal war es schwierig, konstruktive Diskussionen abzuhalten oder sich auf Inhalte zu einigen. Die Basisdemokratie hat versagt.

Von Anfang an hätte man alle Kompetenz auf den Delegiertenrat übertragen müssen. Die einzelnen Mitglieder des Delegiertenrates hätten ihren Schulen/Fakultäten ständig Bericht geben und jederzeit wähl- und abwählbar sein müssen.

So hätte der Streik mit einer handlungsfähigen, demokratisch gewählten Führung erfolgreich durchgeführt werden können. Doch müssen sich die Schüler und Studenten eine solche Organisationsform selbst geben, sie darf nicht - wie es mehrmals versucht wurde - von oben verordnet werden.

John Evers, SJ 5



ISRAEL: Friede - jetzt!

Der Konflikt um Palästina lässt sich bereits Jahrzehnte zurückverfolgen. Bis 1947 war das Gebiet unter britischer Verwaltung. Das Land sollte in einen arabischen und einen israelischen Staat geteilt werden. 1949, im Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten, kamen die West Banks an Jordanien und der Gaza-Streifen an Ägypten. 750.000 Palästinenser wurden aus Israel ausgewiesen und siedelten sich im Gaza-Streifen, im Westjordanland, in Jordanien, Syrien und im Libanon an.

Während des arabisch-israelischen 6-Tage-Krieges 1967 besetzte Israel den Gaza-Streifen, die West Banks und die syrischen Golan-Höhen. Später wurden die Golan-Höhen und das arabische Ostjerusalem von Israel annektiert. Die Halbinsel Sinai kam infolge des Camp-David Abkommens zurück an Ägypten.

Der Gaza-Streifen und das Westjordanland mit ca. 1,5 Millionen Palästinensern sind nun seit 20 Jahren unter israelischer Besatzung.

feudalistischen Regimes der arabischen Welt unterstützt wird und somit von ihnen abhängig ist. Diese Tatsache macht die PLO zur schlechtesten Lösung von allen möglichen. Militärisch ist sie gegen Israel ohnmächtig, politisch wird sie von den Regimes der arabischen Länder ausgenutzt.

Die israelische Koalitionsregierung zwischen dem rechten LIKUD-Block und der israelischen Arbeiterpartei ist nicht bereit, mit der PLO zu verhandeln. Deshalb versuchte man, gemeinsam mit Jordanien eine Lösung zu finden. Doch das Königreich Jordanien ist ebenso wenig wie

WIRTSCHAFT

Als Folge des 6-Tage-Krieges kamen Hunderttausende Palästinenser unter israelische Herrschaft, die als billige Arbeitskräfte herangezogen wurden. Die westlichen imperialistischen Staaten, vor allem die USA, förderten das Land durch massive militärische und ökonomische Unterstützung. Diese Hilfe machte Israel aber nicht nur zu einem modernen Industriestaat, sondern auch zu einem Satellitenstaat der USA.

Die arabische Bevölkerung in den besetzten Gebieten ist zur Gänze von Israel abhängig. Israelische Firmen besitzen Verkaufsmonopole und eigenständige wirtschaftliche Projekte der Araber werden durch die Behörden erschwert. Die wirtschaftliche Unterdrückung wird durch eine politische ergänzt, indem das israelische Militär alle rechtlichen und behördlichen Instanzen kontrolliert. Es besteht eine gegenseitige Abhängigkeit: Die Israelis brauchen die Palästinenser als Konsumenten und billige Arbeitskräfte, während diese auf die schlechtbezahlten Arbeitsplätze und Waren-

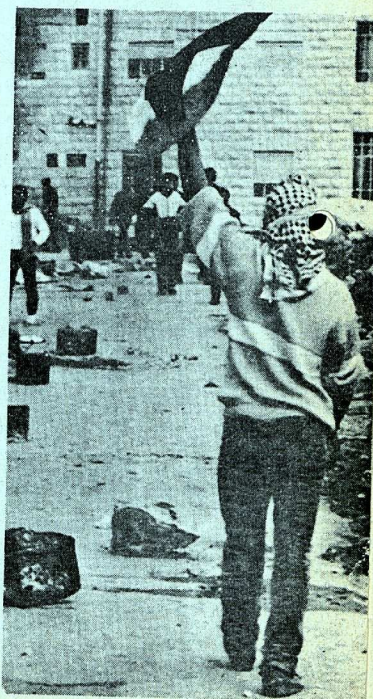
lieferungen der Israelis angewiesen sind.

RADIKALISIERUNG

In den letzten Jahren konnte man eine Radikalisierung auf beiden Seiten feststellen. Durch das Schüren nationalistischer Ideen konnten die Rechten immer mehr an Einfluß gewinnen. Da eine echte (sozialistische) Alternative fehlt, gewinnt die fundamentalistische islamische JIHAD-Bewegung mit ihrem fanatischen Kampf in den besetzten Gebieten ständig an Bedeutung.

Die israelische Bevölkerung ist dadurch ebenfalls für nationalistisches Gedankengut empfänglich. Selbst die israelische Arbeiterpartei unter Peres setzt sich nicht für Verhandlungen mit der PLO ein, die von den Palästinensern als einzige Interessensvertretung angesehen wird. Der von der "sozialistischen" Arbeiterpartei stammende Verteidigungsminister Rabin ordnet selbst das scharfe Vorgehen gegen die Palästinenser an.

Die PLO verbindet Guerillakampf mit individuellem Terror, wobei sie massiv von den teilweise



Israel an einem eigenständigen Palästinenserstaat interessiert. Dort herrscht eine hasemitische Minderheit unter Hussein, die einen Aufstand der einzelnen Bevölkerungsgruppen unter der Führung der Palästinenser zu befürchten hat.

Diese Verhandlungen über die Köpfe des palästinensischen Volkes hinweg waren zum Scheitern verurteilt. Also versucht Israel, das Problem militärisch zu lösen.

So kommt es zu Straßenschlachten mit Toten und Verletzten, bei denen größtenteils jugendliche Palästinenser mit Steinen werfen und israelische Soldaten mit scharfer Munition und Tränengas antworten.

israelische Demonstration gegen die Besetzung der Gebiete von der "Friede jetzt"-Bewegung. Die Voraussetzung für eine friedliche Koexistenz ist eine marxistische Politik, die den nationalen Strömungen in dieser Region das Handwerk legt. Dafür wäre eine Zusammenarbeit zwischen israelischen und arabischen Arbeitern und Jugendlichen in einer gemeinsamen Arbeiterpartei notwendig. Nur eine konsequente sozialistische Politik kann die nationalen Probleme dieser Region lösen. Die letzten Entwicklungen zeigen deutlich alle Merkmale einer Massenbewegung, die von der Basis ausgeht und die Handlungsweise sowohl der

Fortsetzung von Seite 5

Computer bestimmen, bei welcher Untergrenze verkauft werden soll. Durch diese Automatik des Verkaufs werden zuviele Aktien auf den Markt geworfen, wodurch deren Kurs weiter sinkt. Geld, das nie da war, ist somit wieder verschwunden. Trotzdem hat der Börsenkrach reale Auswirkungen auf die Wirtschaft. Große Konzerne haben schwere Umsatzeinbußen zu befürchten. Durch die hohen Verluste großer und kleiner Aktionäre sinkt die Kaufkraft. Dadurch ist ein Rückgang des Konsums in den USA zu erwarten (Voraussagen schwanken zwischen 50 und 100 Millionen Dollar).

Der auf den Krach folgende Dollarsturz war nur teilweise beabsichtigt. Die fallenden Aktienkurse zogen ein Sinken der Nachfrage nach US-Devisen nach sich. Die Zentralbanken versuchten, durch Dollarkäufe einen weiteren Fall zu verhindern, jedoch ohne großen Erfolg.

Den niedrigen Dollar bekommen vor allem Europa und Japan zu spüren (s. o.), auch in Österreich wurden die Wirtschaftsprognosen für 1988 bereits nach unten revidiert.



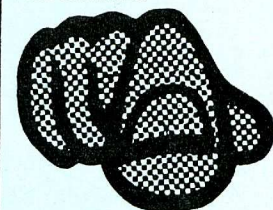
PERSPEKTIVEN

In Israel selbst wächst die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Vorgangsweise der Regierung. Israelische Soldaten weigern sich, ihren Militärdienst in den besetzten Gebieten zu verrichten. So kommt es zu wiederholten Demonstrationen israelischer Arbeiter, die für das Existenzrecht der Palästinenser auf die Straße gehen. Diese Protestkundgebungen erreichten ihren vorläufigen Höhepunkt am 25.1. bei einer Demonstration, an der 70.000 israelische Arbeiter teilnahmen und "zwei Staaten für zwei Völker" forderten. Organisiert wurde diese größte

PLO als auch der israelischen Regierungsparteien verurteilt.

Bei einer Fortsetzung der derzeitigen Politik wird sich dem Staat Israel die Frage der Annektierung der besetzten Gebiete stellen. In weniger als 15 Jahren werden die Palästinenser die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Dadurch würde möglicherweise eine Situation ähnlich der in Südafrika entstehen. Eine jüdische Minderheit würde alle Rechte genießen und eine arabische Mehrheit mit Gewalt unterdrücken.

Yoav Levin, SJ 5



Die kapitalistische Wirtschaft ist unfähig, ihre selbstgemachten Krisen zu verhindern. Der Börsenkrach, dessen wirtschaftliche Folgen noch immer nicht ganz abzusehen sind, war unvermeidlich und wird sicher nicht der letzte sein. Nur eine weltweite sozialistische Planwirtschaft wäre imstande, das Durcheinander, das das internationale Kapital geschaffen hat, zu entwirren.

Keine Börsen - kein Krach!

Andrea Koch, SJ 10

Kein Ausverkauf der Verstaatlichten !

Während Kurt Waldheims Lügenmärchen die Presse beherrschen, verschertelt man ohne viel Aufsehen unsere Verstaatlichte Industrie, zu Tiefstpreisen, versteht sich. Ein handfester Skandal ist die neueste Variante dieses Ausverkaufs: Die Austria-Metall-Tochter Berndorf soll zu 50% an ihre eigenen Manager verkauft werden!

Der aus sieben Betrieben bestehende Standort Berndorf, wo unter anderem Besteck, Freileitungen und Wärmeaustauscher hergestellt werden, wurde 1984 im Zuge der Zerstückelung der Verstaatlichten aus der AMAG ausgegliedert.

Von 810 Beschäftigten wurden seither 310 "abgebaut". Durch Managementfehler verursachte hohe Verluste mußten mit 500 Steuermillionen ausgeglichen werden. Seit 1987 wirft das Unternehmen wieder Gewinne ab, für heuer sind 25 Millionen prognostiziert.

Nach der Devise, gewinnbringende Betriebe zu verschern, soll Berndorf nun an jene 10

Manager verkauft werden, die durch ihre Unfähigkeit die hohen Verluste der Jahre zuvor verursacht hatten. Diese müssen zusammen nur 8,3 Millionen bezahlen - einen Bruchteil jenes Geldes, das sie infolge ihrer Überbezahlung bei der AMAG verdient haben. Der Rest der Kaufsumme, 111,7 Millionen Schilling, wird von der Länderbank durch einen 5-jährigen Kredit finanziert. Dieser soll durch die Erträge der nächsten 5 Jahre abbezahlt werden. Danach wird das Unternehmen jährlich etwa 15 Millionen Gewinn an die Manager abwerfen (neben ihren fetten Gehältern).

Dieses Beispiel wird nicht das einzige bleiben. Für die Manager heißt das: Erst Verluste machen, mit Steuergeldern sanieren lassen und dann abkassieren!

Auf der Strecke bleiben einmal mehr die Arbeitnehmer. Sie müssen mit Lohnseinbußen oder dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bezahlen.

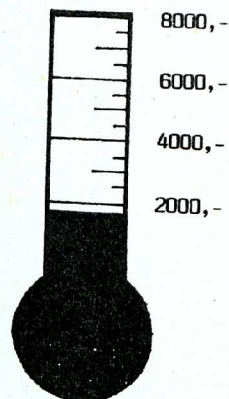
Die einzige Alternative für die Verstaatlichte lautet daher:

ARBEITERKONTROLLE!

Michael Hollunder, SJ 5

UNSER ZIEL:

Mit Eurer Hilfe 8000,- ÖS bis Juni, um ein Überschriftensetzgerät kaufen zu können.



SPENDET FÜR

VORWÄRTS

Das Spendenkonto:
PSK 1.670.350



Ich möchte

VORWÄRTS

unterstützen und bitte
um weitere Informationen ○

Name

Anschrift

Ich möchte

- VORWÄRTS abonnieren ○
- 5 Ausgaben zu 50,- ÖS ○
- 10 Ausgaben zu 100,- ÖS ○
- ein VORWÄRTS-Förderabo zu ÖS ... beziehen (ab 50,- ÖS) ○

Einsenden an:
VORWÄRTS c/o Andrea Koch,
Weldeng. 26/1/7, 1100 Wien